

03 December 2013

Europasymposium des Wirtschaftsrats Brüssel

„Globale Währungsblöcke: Der Euro als Belastung oder als
Wettbewerbsvorteil?“

Impulsreferat von Klaus Regling, Geschäftsführender Direktor des ESM

3. Dezember 2013

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich beim Wirtschaftsrat Brüssel bedanken für die Einladung zum Europasymposium. Das Thema unseres Diskussionspanels „Globale Währungsblöcke: Der Euro als Belastung oder als Wettbewerbsvorteil?“ ist gut gewählt. In einer Zeit, in der Kritik an der Gemeinschaftswährung und in manchen Fällen auch Forderungen nach Euro-Austritten sogar in bisher sehr europa- und euro-freundlichen Ländern Resonanz finden, ist es aus meiner Sicht wichtig, klar und fundiert Stellung zu beziehen. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich als Chef des Stabilisierungsfonds für Euro-Staaten in Krisensituationen die gestellte Frage in aller Klarheit zugunsten des Euro beantworte. Diese Antwort gilt für Deutschland, die anderen Euro-Partnerstaaten und den Euro-Raum insgesamt.

Ich will beginnen mit persönlichen Erfahrungen aus der Zeit vor der Euro-Einführung. Bis Mitte der neunziger Jahre kam es in Europa immer wieder zu Währungsturbulenzen. In deren Folge verloren nationale Währungen wie etwa die italienische Lira deutlich an Wert, während der Außenwert der D-Mark spürbar anstieg. Das war zuletzt 1995 der Fall, danach verhinderte der Euro solche Wechselkursschwankungen. Das ist so lange her, kaum jemand kann sich noch daran erinnern.

Ich kann mich deshalb so gut daran erinnern, weil ich oft in Italien Urlaub mache. Die Aufwertung der D-Mark hatte für mich als Urlauber die angenehme Folge, dass meine Italien-Aufenthalte billiger wurden. Doch was mich als

Touristen freute, war ein Alptraum für deutsche Unternehmer. Deren Exporte litten merklich. Die deutsche Wirtschaftsleistung ging als Folge der Währungsturbulenzen deutlich stärker zurück als das der Fall gewesen wäre, wenn die Ausfuhren nicht plötzlich so viel teurer und weniger wettbewerbsfähig geworden wären.

Mit diesen Erfahrungen im Hinterkopf mag ich mir gar nicht vorstellen, wie es uns in Europa ergangen wäre, hätten wir nach dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000 oder nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2007/2008 nicht den Euro gehabt. Es liegt in der Natur des „Counterfactual“, also des Durchspielen eines „Was-wäre-gewesen-wenn-Szenarios“, dass man das Ergebnis nicht beweisen kann. Es spricht aber aus meiner Sicht alles dafür, dass die Währungsturbulenzen der 90iger Jahre nur ein laues Lüftchen gewesen wären verglichen mit dem, was wir in einem Europa ohne Euro in den vergangenen Jahren erlebt hätten.

Denn der Euro wirkt auf die 17-Mitgliedsstaaten wie ein Schutzschild. Ich unterschätze nicht den Anpassungsstress in vielen Euro-Ländern, insbesondere in den Ländern mit EFSF- oder ESM-Programmen, wo Haushalte konsolidiert und die Wettbewerbsfähigkeit durch tiefgreifende Strukturreformen und Einkommenskürzungen wieder hergestellt werden müssen. Die Opfer, die von der Bevölkerung kurzfristig zur Wiederherstellung langfristig nachhaltiger Wirtschaftsmodelle abverlangt werden, sind groß. Aber ich wage die These, dass die politischen und sozialen Kosten im Euroraum noch höher gewesen wären, falls die 17 Mitgliedsstaaten der Krise in den vergangenen fünf Jahren ohne den Schutz der Gemeinschaftswährung ausgeliefert gewesen wären.

Ich denke zudem, dass vor allem Deutschland schlechter durch die Krise gekommen wäre als es der Fall war. Dank mutiger Reformen vor längerer Zeit und einer erfolgreichen Positionierung vieler Unternehmen als Anbieter weltweit begehrter Hochqualitätsprodukte nach der Euro-Einführung steht Deutschland heute recht gut da: exportstarke Unternehmen, vergleichsweise gute Wachstumszahlen und niedrige Arbeitslosenzahlen, große politische und soziale Stabilität. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Ausfuhren geht weiter in den Euroraum, Wechselkursrisiken gibt es hier für die exportierenden Firmen nicht. Doch auch die Ausfuhren außerhalb des Euroraums, die in den vergangenen Jahren dynamisch gewachsen sind, fanden in einem förderlichen

Umfeld statt. Trotz der Krise ist der Außenwert des Euro relativ stabil geblieben. Die meisten Beobachter würden mir wohl zustimmen, dass eine D-Mark während der Krise starkem Aufwertungsdruck unterworfen gewesen wäre und die deutschen Exporte darunter wahrscheinlich gelitten hätten. Deshalb bin ich sicher, dass Deutschland in einem Europa nationaler Währungskleinstaaterei heute schlechter dastünde als das aktuell der Fall ist.

Als Folge der Krise haben die Zentralbanken der Industriestaaten ihren Leitzins in den vergangenen Jahren auf historische Tiefstwerte gesenkt. Da Bundesanleihen zudem von Anlegern weltweit als Investition in einen „sicheren Hafen“ angesehen werden, kann sich der Bund so günstig verschulden wie nie zuvor. Die öffentlichen Haushalte sparen deshalb derzeit – je nach Expertenschätzung – zwischen 15 und 25 Mrd. Euro pro Jahr. Auch private Schuldner in Deutschland profitieren natürlich von diesen niedrigen Zinsen, zum Beispiel bei Hypotheken.

Als Folge der Krise haben die Euro-Staaten in den vergangenen Jahren beeindruckende Anstrengungen unternommen, um die Währungsunion nachhaltiger und krisenfester zu machen. Auf drei Ebenen wurden bisher Fortschritte erzielt, die bleiben werden und die Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit des Euroraums erhöhen.

- Erstens wurden insbesondere in den EFSF- und ESM-Programmstaaten die Haushalte konsolidiert und tief greifende Strukturreformen durchgeführt. Sinkende Budgetdefizite und schrumpfende Leistungsbilanzdefizite zeigen, dass diese Länder bei allen Anpassungsschmerzen auf dem richtigen Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sind.
- Zweitens wurden die europäischen Regeln zur wirtschaftspolitischen Koordinierung verschärft, auf die sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Stichworte sind hier der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt, Two-Pack, Fiskalpakt, das europäische Semester und ein neues Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte. Das neue Regelwerk wird die Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den Euro-Staaten verbessern und ein Hinwegsetzen über Kommissionsempfehlungen so gut wie unmöglich machen.

- Drittens wurden mit dem befristeten Rettungsfonds EFSF und dem permanenten Rettungsfonds ESM institutionelle Lücken geschlossen, die in der ursprünglichen Institutionenarchitektur der Währungsunion klafften. Kommt ein Euro-Staat heute in die Lage, sich nicht mehr über die Märkte finanzieren zu können, kann der ESM mit befristeten Darlehen einspringen, die unter strengen wirtschaftspolitischen Reformauflagen gewährt werden. Unbestreitbare Reformfortschritte in allen fünf Programmstaaten und insbesondere das bevorstehende erfolgreiche Ende des EFSF-Programms für Irland und des ESM-Programms für Spanien zeigen, dass unsere Strategie funktioniert, Ländern in einer Krise gegen Konditionalität einen Überbrückungskredit zu gewähren.

Es gibt eine vierte Ebene: die Bankenunion. Hier haben die Euro-Staaten mit dem zügigen Aufbau des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Weitere Schritte wie etwa die Gründung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus SRM werden in Kürze folgen.

Entscheidend ist bei Neuerungen auf allen vier Ebenen, dass der Euro der Katalysator für diese Verbesserungen ist. Diese Veränderungen werden gleichzeitig die Volkswirtschaften der einzelnen Euro-Staaten nachhaltiger und wettbewerbsfähiger machen und den Euroraum als Währungsunion robuster und krisenfester machen.

Mein letzter Punkt geht über volkswirtschaftliche Erwägungen hinaus. Es geht um den Platz Europas in der Welt. Um es am Beispiel Deutschlands zu illustrieren: Der Anteil von Deutschlands Wirtschaftsleistung an der Wirtschaftsleistung der 20 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt wird von 5,2 Prozent im Jahr 2010 auf 2,7 Prozent im Jahr 2050 sinken. Wer glaubt, dass selbst das größte Land der Währungsunion damit noch einen prägenden Einfluss auf internationale Wirtschaftsentscheidungen ausüben könnte, der irrt nach meiner Überzeugung. Als Mitglied der Währungsunion ist Deutschland wie auch die anderen Euro-Mitgliedsstaaten Teil einer Gemeinschaft, die zwar ihren Anteil an der Weltwirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum auch von 17,1 Prozent auf 8,8 Prozent sinken sehen wird. Dennoch: Auch mit diesem Anteil bleibt der Euro-Raum ein relevanter Akteur, der bei internationalen Verhandlungen seine Wirtschaftsinteressen

wirkungsvoller vertreten kann als es die einzelnen Euro-Staaten dann noch könnten.

Ist der Euro eine Belastung oder Wettbewerbsvorteil? Mein Fazit ist eindeutig: Der Euro kann von der Bevölkerung vorübergehend als Belastung empfunden werden, weil er die Euro-Staaten zu schnelleren nationalen Anpassungen zwingt als dies möglicherweise ohne die Gemeinschaftswährung der Fall wäre. Wichtig ist jedoch, dass diese Anpassungen und Reformen früher oder später so oder so gemacht werden müssen, um die Staaten wettbewerbs- und zukunftsfähig zu machen. Der Euro wirkt höchstens als Beschleuniger. Der Euro ist deshalb für mich ganz klar ein Wettbewerbsvorteil.